

NEUE GENTECHNIK

in der Landwirtschaft

NEUE GENTECHNIKMETHODEN: HOHE UMWELT- UND VERBRAUCHERSCHUTZSTANDARDS NOTWENDIG

TRANSPARENZ STATT ETIKETTENSCHWINDEL

Gentechnisch veränderte Lebensmittel finden in Europas Supermärkten keinen Absatz. Dafür sorgt die geltende Kennzeichnung. Die Verbraucher*innen sollen wissen, was in ihrem Essen drin ist. Das steht aus Sicht der Gentechnik-Lobby der Vermarktung von Produkten aus neuer Gentechnik im Weg. Deshalb drängen Saatgut- und Chemiekonzerne seit Jahren darauf, Ausnahmen für die aus ihrer Sicht hinderlichen Transparenz-Standards auch für neue Methoden wie CRISPR/Cas zu machen. Die EU-Kommission will diesem Lobbydruck nun nachgeben und plant, neue Gentechnikanwendungen aus dem Geltungsbereich der bisherigen Gentechnik-Gesetzgebung herauszunehmen. Es droht ein Etikettenschwindel: Denn, was bislang als Gentechnik galt, würde es in Zukunft offiziell nicht mehr sein. Die Kennzeichnungspflicht wäre dann für neue Gentechnikmethoden abgeschafft. Auch die strenge Risikoprüfung vor der Marktzulassung würde wegfallen. Wahlfreiheit, Transparenz, Rückverfolgbarkeit und Lebensmittelsicherheit stehen mit der Deregulierung auf dem Spiel: Setzt die Lobby aus Saatgut- und Chemieindustrie ihre Interessen durch, wäre für uns alle nicht mehr erkennbar, ob Gentechnik auf unseren Äckern wächst – und am Ende auf unserem Teller landet. Das wäre auch für Bio-Betriebe und andere gentechnikfrei-wirtschaftende Betriebe fatal. Sie müssten den – fast unmöglichen – Nachweis einer gentechnikfreien Produktion und das Risiko der Kontamination über Nachbarfelder künftig selbst tragen. Profitieren würden nur die Großkonzerne, während ein Nutzen für Gesellschaft, Klima und Umwelt mehr als fraglich ist.

Foto: shutterstock



Foto: shutterstock

NOCH FRAGEN?

20/15

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

Fachbereich 2 - Ökologie:
Ernährung und Landwirtschaft,
Klimaschutz und Energie, Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz, Bauen und
Wohnen, Verkehr, Tourismus

TEL 030 227 56789
info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

- www.gruene-bundestag.de/gentechnik
dort auch: „Neue Gentechnik in der Landwirtschaft
verantwortungsvoll regulieren“ (Fraktionsbe-
schluss vom 16.6.2020)

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere
parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag.
Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung
verwendet werden.*

GRÜNE FORDERUNGEN ZUM EINSATZ VON GENTECHNIK IN DER LANDWIRTSCHAFT:

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich dafür ein, dass Gentechnik auch in Zukunft als Gentechnik gekennzeichnet und reguliert wird. Wir stehen für hohe Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Etikettenschwindel und eine Verwässerung der vorgeschriebenen Risikoprüfung lehnen wir ab.

1. Gentechnik-Kennzeichnung beibehalten

Wo Gentechnik drin ist, muss Gentechnik draufstehen. Konsument*innen und Landwirt*innen sollten selbst entscheiden können, ob sie gentechnisch verändertes Saatgut anbauen oder Lebensmittel aus diesen Pflanzen kaufen und essen wollen. Wahlfreiheit, Transparenz und Rückverfolgbarkeit muss über eine verpflichtende Kennzeichnung vom Saatgut bis zum Lebensmittel abgesichert werden. Um die gentechnikfreie Erzeugung und Verarbeitung zu ermöglichen, müssen bislang geltende Haftungsregeln, Standortregister und Abstandsregeln weiterhin auch für den Anbau von Pflanzen gelten, die mit neuen Methoden gentechnisch verändert wurden. Andernfalls müssten gentechnikfrei arbeitende Betriebe den Aufwand und die Kosten für den Nachweis ihrer Gentechnikfreiheit selbst tragen, was den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft massiv behindern würde.

2. Mögliche Risiken der Gentechnik umfassend prüfen

Neue Gentechnikverfahren bergen Risiken und können unerwartete Effekte nach sich ziehen. Zum Beispiel können diese Methoden Bereiche der DNA bearbeiten, die sonst vor Mutationen geschützt sind. Im Unterschied zur konventionellen Züchtung werden mit neuen Gentechnikverfahren in der Regel alle Kopien eines Gens verändert. Zudem können neue Eigenschaften erzielt werden, deren Auswirkungen auf Ökosysteme wir nicht kennen. Wir müssen vermeiden, dass neue Technologien später genau jene Probleme für die Umwelt und künftige Generationen verschärfen, für die sie als Lösung angepriesen waren. Deshalb müssen solche Risiken vorab geprüft werden. Das erfordert auch das Vorsorgeprinzip. Einmal in die Natur freigesetzt, können wir gentechnisch veränderte Pflanzen nicht zurückholen oder verhindern, dass sie ihre Gene über Pollenflug, Insekten und Vögel verbreiten oder in Wildarten einkreuzen. Aus diesem Grund sollen auch die staatlichen Mittel und Ressourcen für die Bewertung von ökologischen und gesundheitlichen Risiken und Effekten durch gentechnisch veränderte Organismen aufgestockt werden.

3. Systemwandel fördern statt Status quo zu zementieren

Die Pro-Gentechnik-Lobby aus Saatgut- und Agrochemiekonzernen verspricht viel: Mit neuen Gentechniken könne man an den Klimawandel angepasste Sorten entwickeln oder Pestizide einsparen. Doch diese Ankündigungen halten keinem Realitätscheck stand. Die Umweltprobleme, die Gentechnik angeblich lösen soll, sind Resultat der industriellen Landwirtschaft. Davon profitieren jene Konzerne, die gentechnisch verändertes Saatgut und die dazu passenden Pestizide, Düngemittel, Landmaschinen und digitalen Anwendungen verkaufen.

Gentechnik verhindert den notwendigen Systemwandel in der Landwirtschaft. Den brauchen wir aber, um unsere Klima- und Biodiversitätsziele zu erreichen. Deshalb fördern wir eine Pflanzenzüchtung, die Sorten für Anbausysteme entwickelt, in denen Vielfalt, standortangepasstes Saatgut und ein gesunder Boden die entscheidenden Faktoren für stabile Ernten sind.

4. Patentierung von Saatgut und Tieren beenden

Patente und Gentechnik sind untrennbar miteinander verknüpft. Mit den neuen Gentechnikmethoden können Gensequenzen „nachgebaut“ werden, die in der Natur vorkommen. Da dieser Nachbau im Patentrecht als technische Erfindung gilt, werden zunehmend Patente auf Eigenschaften und Gensequenzen von Pflanzen und Tieren gewährt, die bereits in bestehenden Sorten oder Wildpflanzen enthalten sind. Diese Patentierungspraxis führt dazu, dass der Zugang zum natürlichen Genpool für andere Züchter*innen versperrt wird. Das verhindert die Entwicklung neuer Sorten. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen will diese Patentierungspraxis beenden. Wir müssen die Nutzung des Genpools von Pflanzen und Tieren als Gemeingut der Menschheit erhalten und Züchtung auch in Zukunft ermöglichen.

